

„Les colonisés de l'intérieur“:

Die Neuaushandlung kultureller Identitäten in der französischen Gesellschaft im Gefolge der banlieue-Unruhen

Mit Förderung durch das Mainzer Zentrum für Interkulturelle Studien untersucht das Forschungsprojekt, wie im Gefolge der so genannten banlieue-Unruhen in Frankreich gesellschaftliche Beziehungen in Frage gestellt und neu ausgehandelt werden. Der Begriff banlieue wird zunehmend bemüht, um ein ‚soziales Problem‘ nationalen Ausmaßes – welches die gesellschaftlichen Missstände der Republik in sich zu vereinen scheint – zu bündeln. Es wird so ermöglicht, eine repressive Sicherheitspolitik zu legitimieren, die das Ziel hat, die ‚steigende Gewalt in den Vororten‘ anzugehen.

Es soll mit der Untersuchung nachgezeichnet werden, wie und mit welchen Narrationen oder Erklärungsmustern die sich neu gestaltenden Beziehungen ausgehandelt werden. So wird bspw. die neu aufgekommene Diskussion um die Rolle Frankreichs in der Kolonialzeit vielfach mit den banlieue-Unruhen verschränkt. Das Identifizierungsmuster Kolonisatoren versus Kolonisierte und die koloniale Dichotomie von Zentrum und Peripherie wird dabei auf den heutigen Gegensatz von bürgerlich-republikanischer Stadt und der ‚integrationsbedürftigen banlieue‘ übertragen.

Jugendunruhen in Großwohnsiedlungen französischer (Groß-)Städte

Ausgangspunkt des Projekts sind die so genannten „Vorstadtunruhen“ im Herbst 2005 in Frankreich, die sich vornehmlich auf Großwohnsiedlungen (Grands Ensembles) in den Vororten französischer (Groß)Städte konzentrieren.

(Jugend-)Unruhen in urbanem Kontext sind in Frankreich kein neues Phänomen. 1981 gab es erstmals in Lyon größere Unruhen und in den folgenden Jahrzehnten kam es regelmäßig zu Ausschreitungen. Anders als in früheren Jahren nahmen die Unruhen im Herbst 2005 jedoch ein nationales Ausmaß an. Darüber hinaus verhängte die französische Regierung am 8. November 2005 über zahlreiche Départements den Ausnahmezustand und griff damit auf ein Notstandsgesetz zurück, welches im Algerienkrieg erstmals Anwendung fand.

In Reaktion auf die ersten Unruhen und angesichts einer Konzentration sozialer Problemlagen in den Großwohnsiedlungen wurde zu Beginn der 1980er Jahre die politique de la ville als eigenständiges Politikfeld etabliert. So wurden landesweit 751 Zonen ausgewiesen, welche als „zones urbaines sensibles“ (ZUS) besondere städtebauliche Förderung für Sanierung oder Abriss erhielten.

Die von der Regierung erstellten Studien zu der Stadtpolitik (z.B. der Rapport 2006 des Observatoire National des Zones Urbaines Sensibles) zeigen aber, dass sich auch nach 25 Jahren Intervention viele soziale Problemlagen in den ZUS konzentrieren (hohe Arbeitslosigkeit, unterdurchschnittliches Einkommen, schlechte medizinische Grundversorgung, erhöhte Delinquenzraten).

Die traditionelle Stadtpolitik setzt sich – der republikanischen Tradition verpflichtet – vor allem aus Instrumenten zusammen, die bestimmte Zonen definiert und für diese besondere städtebauliche Fördermaßnahmen entwirft. Im Gefolge der Unruhen von 2005 kann jedoch ein Wechsel dieser territorial ausgerichteten Städtebauförderpolitik zu einer mehr personen-gebundenen Förderung der Verstärkung der „cohésion sociale“ beobachtet werden.



Wohnblock in der Großwohnsiedlung
"Haut du Lièvre" in Nancy

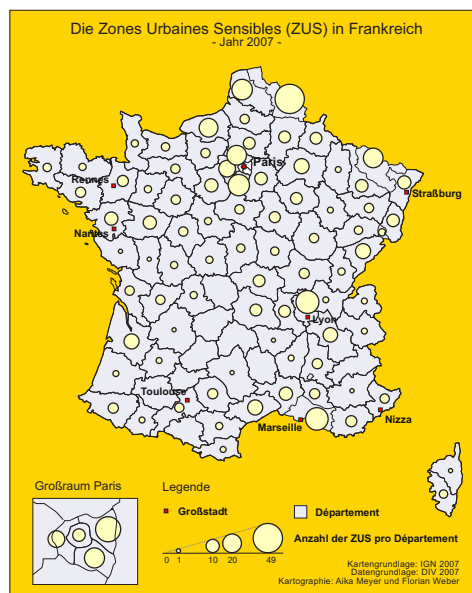


Titelseite der Hompage
"Noir et Fier"

Neuaushandlung kultureller Zugehörigkeiten

In jüngster Zeit zeigt sich eine Kulturalisierung der öffentlichen Diskussion in Frankreich. Neue Gruppen in den banlieues definieren sich explizit ethnisch bzw. religiös. Diese Gruppen führen die Krise der Vorstädte auf einen latenten Rassismus zurück. Neue gesellschaftliche Gruppen konstituieren sich um Begriffe wie die „Eingeborenen der Republik“ (Les indigènes de la République) oder „Schwarze“ und rekurrieren so auf essentialistisch konzeptualisierte Identitäten (wie das Schwarzsein). Ziel soll sein, auf das Problem rassistischer Diskriminierung aufmerksam zu machen, welches von Staatsseite und dem republikanischen Ideal der égalité folgend formal nicht wahrgenommen wird. Interessant ist zu sehen, dass hier das eigentlich ‚diskriminierende‘ Identitätsmerkmal – das Stigmata – aufgegriffen und subvertiert wird, um es sich zu eigen zu machen. Zu untersuchen bleibt, inwieweit es diesen Gruppen gelingt, größere Teile der Bevölkerung anzusprechen oder ob diese Diskurse auf einen begrenzten, elitären Kreis beschränkt bleiben.

Fragen der kulturellen und der ethnischen Zugehörigkeit scheinen also zentral in der Auseinandersetzung mit den Vorortunruhen. Rein städtebauliche oder sozialräumliche Studien, die in Frankreich dominieren, können diese Entwicklung nicht angemessen untersuchen. Wichtig erscheint dabei, die kulturellen Differenzen, die in jüngster Zeit zunehmend offen in Frankreich diskutiert werden, nicht als wesentliche Unterschiede zu denken. Wir möchten daher hier mit einem Forschungsprojekt ansetzen, das diese Verschiebungen der Sagbarkeiten und die skizzierten (Neu-) Aushandlungen von Gruppenidentitäten untersucht. Dabei soll der Neukonstitution von Identitäten eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden, die konzeptionell wie methodisch mit einer Diskursanalyse erfasst werden. Ziel ist es, zu untersuchen, welche Gesetzmäßigkeiten durch alltägliche sprachliche Praxis im Zuge der Diskussion um die Vorortunruhen verhandelt und reproduziert werden. So gehen Diskurstheorien davon aus, dass Gemeinschaften nicht auf der Basis spezifischer, ewigwährender Wesensmerkmale gebildet werden. Nach Laclau und Mouffe werden vielmehr Gemeinschaften immer wieder neu um einen spezifischen Knotenpunkt herum konstituiert. Dieser definiert die Identität der Gemeinschaft und grenzt diese gegenüber einem Außen ab. Im Kontext der Unruhen in den französischen Vorstädten im Herbst 2005 können diese Konstitutionsprozesse in hoher Dichte und Dynamik beobachtet werden.



Projektleiter:

Dr. Georg Glasze
(Geographie)

Dr. Jörn Thielmann
(Kompetenzzentrum
Orient-Okzident)

Mitarbeiterin:
Aika Meyer
(Geographie)